

Niederschrift



Gremium: **39. Sitzung des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation**

Sitzungsdatum: **Freitag, den 24.01.2014**

Sitzungsort: **Landratsamt Augsburg, Kleiner Sitzungssaal 221, 2. Stock**

Beginn: 09:02 Uhr

Ende: 11:30 Uhr

Landrat Sailer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzende / Vorsitzender:

Martin Sailer

Mitglieder:

Peter Bergmeir ab 9.06 Uhr

Dr. Markus Brem

Hannelore Britzlmair

Hans-Peter Dangl

Silvia Daßler

Marlies Fasching

Anni Fries

Peter Högg

Hubert Kraus

Gerhard Ringle

Eva Rößner

Peter Schönfelder

Robert Steppich bis 10.25 Uhr

Verwaltung:

Thomas Ihl

Manfred Merz

zu TOP 1

Michael Ruf

Uwe Schwarzer

zu TOP 6

Martin Seitz

Vertreter:

Manfred Buhl

Vertretung für Franz Fendt

Weitere Anwesende:

Marion Koppe

Jürgen Pabel, SG 12

Schriftführerin:

Susanne Häusler

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. EDV-Haushalt 2014 - 1. Lesung
Vorlage: 13/0392
2. Kreishaushalt 2014 - 1. Lesung;
Behandlung des Verwaltungsentwurfs (Stand: 13.12.2013)
Vorlage: 13/0378
3. Verschiedenes
4. Wünsche und Anfragen
5. Stand des pädagogischen EnergieEinsparprojekts (PAP)
an Landkreisschulen;
Erfolge und Potentiale der weiteren energetischen Arbeit
für die Landkreisliegenschaften
Vorlage: 13/0393

Öffentliche Sitzung

TOP 1 EDV-Haushalt 2014 - 1. Lesung Vorlage: 13/0392
--

Sachverhalt:

Es wird auf den beigefügten EDV-Haushalt verwiesen.

Zu den Ausführungen von **Herrn Merz** wird auf die beigefügte Präsentation verwiesen.

Kreisrat Schönfelder erkundigt sich, wie viele Heimarbeitsplätze es im Haus gebe und wie man hier mit dem Thema Fernmeldegebühren umgehen würde. Ihn würde interessieren, ob der Mitarbeiter dadurch einen geldwerten Vorteil habe. Des Weiteren würde ihn interessieren, ob es im Haus Überlegungen dazu gebe, Lizenzerweiterungen an Mitarbeiter zu übertragen.

Herr Ruf erklärt, dass es im Haus derzeit acht Heimarbeitsplätze gebe. Die Tendenz gehe aufgrund der beengten Raumsituation jedoch nach oben.

Kreisrat Schönfelder will daraufhin wissen, wieso die Fernsprechgebühren für acht Heimarbeitsplätze mit 34.000 Euro zu Buche schlagen würden.

Herr Ruf stellt daraufhin fest, dass es sich bei den Telefonkosten seines Wissens um die üblichen 30 Euro im Monat handeln würde.

Herr Merz erklärt, dass es sich hierbei natürlich nicht nur um die Fernsprechgebühren für Heimarbeitsplätze, sondern für das ganze Haus handeln würde.

Um zukünftige Irritationen zu vermeiden, schlägt **Kreisrat Schönfelder** vor, aus der Auflistung das Wort „Heimarbeitsplätze“ zu streichen. Seine Frage habe sich darauf aufgebaut.

Die Frage nach den Lizenzen beantwortet **Herr Merz**. Derzeit sei man über Microsoft Enterprise Equipment lizenziert. Dabei handele es sich um eine Lizenz für Behörden. Eine private Nutzung durch die Mitarbeiter zuhause wäre momentan nicht vorgesehen.

Landrat Sailer bietet an, hier eine entsprechende Prüfung vorzunehmen. Bis zur nächsten Sitzung soll abgeprüft werden, ob dies rechtlich und in welchem Umfang möglich wäre. Des Weiteren soll geklärt werden, ob es sich hierbei um einen geldwerten Vorteil handeln würde, den man versteuern müsste.

Kreisrat Schönfelder erklärt, dass die Firma Eurocopter beispielsweise die Lizenzen für 20 Euro im Monat anbieten würde. In der Masse sei die Lizenzgebühr damit bezahlt. Die Mitarbeiter dürften das Paket sogar auf zwei PC's zuhause übertragen. Das Angebot werde dankend angenommen und wäre für alle von Vorteil.

Landrat Sailer stellt abschließend fest, dass darüber der nächsten Sitzung des Ausschusses berichtet werde.

Kreisrat Dr. Brem stellt fest, dass hinter den Haushaltsüberlegungen auch gewisse strategische Überlegungen bezüglich der Software angestellt würden. Vielleicht könne Herr Merz hier kurz andeuten, wie sich aus seiner Sicht die nächsten Jahre hier entwickeln würden. Er denke hier insbesondere daran, dass bei großen Unternehmen beispielsweise Überlegungen anstehen und eine gewisse Abwägungsproblematik im Raum stehen würden, Einzelsoftwarepakete zu harmonisieren. Auf der anderen Seite würden Fachabteilungen eben Fachlösungen benötigen. Am Ende bestehe meistens eine inhomogene Softwarelandschaft. In diesem Zusammenhang interessiere er sich zusätzlich zu dieser Fragestellung, was im Rahmen der Bürgerserviceproblematik an potenziellen Einspareffekten im Softwarebereich strategisch gesehen in den nächsten Jahren denkbar erscheine.

Herr Merz stellt hierzu fest, dass man die Fachverfahren, die man jetzt habe, auch künftig beibehalten werde. Das Bürgerserviceportal sei nur ein Zusatz, um den Bürgern eine Abwicklung der Dienstgeschäfte online zu ermöglichen. Wenn man davon ausgehe, dass einmal 40 % der Bürger dieses Angebot in Anspruch nehmen würden, hätte man natürlich weniger Parteiverkehr und benötige vielleicht wirklich einmal weniger Personal. Aber dies mit heutigem Stand abzuschätzen, wo die Entwicklung hingehen würde, wäre sehr schwierig.

Auf weitere Nachfrage von **Kreisrat Dr. Brem** erklärt **Herr Merz**, dass bei einer Cloudlösung Software oder ein Server angemietet werde. Dies könne irgendwo in Deutschland sein. Das Bürgerserviceportal sei ganz bewusst ein Portal, wo man genau wisse, dass diese Dienstleistung bei der AKDB liege. Eine Cloudlösung sei aus datenschutzrechtlichen Gründen auch sehr schwierig.

Kreisrat Dangl stellt fest, dass sich die Einnahmen sehr bescheiden darstellen würden. Ihn würde interessieren, ob es Möglichkeiten gebe, bei den Einnahmen noch Verbesserungen zu erzielen.

Dazu erklärt **Herr Merz**, dass es sich bei den Einnahmen in erster Linie um Gebühren für das Wahlpaket handeln würde. Hier habe man einen Landkreisvertrag und diese Gebühren hole man von den Gemeinden jährlich wieder zurück. Dabei handele es sich immer um einen konstanten Betrag. Früher konnten durch den Verkauf von Hardware Einnahmen erzielt werden. Nachdem jetzt jedoch alles geleast werde, sei dies nicht mehr möglich.

Im Anschluss fasst der Ausschuss für Personal, EDV und Organisation folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Personal, EDV und Organisation empfiehlt dem Kreisausschuss, den EDV-Haushaltsansatz 2014 in den Einnahmen auf 6.700 € und in den Ausgaben auf 1.386.600 € festzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0

**TOP 2 Kreishaushalt 2014 - 1. Lesung;
 Behandlung des Verwaltungsentwurfs (Stand: 13.12.2013)
 Vorlage: 13/0378**

Sachverhalt:

Die Verwaltungsvorlage zum Kreishaushalt 2014 (Stand: 13.12.2013) wurde den Mitgliedern des Kreistages zur Kreistagssitzung am 13.01.2014 überlassen. Dem Vorlageschreiben lag ein detailliertes Inhaltsverzeichnis bezüglich der überlassenen Unterlagen bei.

Aufgrund der bisherigen Terminplanung (Sitzungsplan September 2013 bis Februar 2014, Stand: 28.11.2013) ist vorgesehen, die Fachausschussempfehlungen in der Kreis Ausschusssitzung am 17.02.2014 zu behandeln, einen Haushaltsabgleich vorzunehmen und die Verabschiedung des Kreishaushaltes 2014 dem Kreistag zu empfehlen. Aufgrund der aktuellen Terminvorstellungen kann davon ausgegangen werden, dass der Kreistag die Haushaltsatzung für das Jahr 2014 und den Finanzplan für die Jahre 2015 bis 2017 am 24.03.2014 beschließen soll.

Die Verwaltungsvorlage enthält insbesondere bezüglich der staatlichen Finanzausgleichsleistungen, des interkommunalen Finanzausgleichs, der Umlagenzahlungen an diverse Zweckverbände und der Verlustbeteiligung an Gesellschaften nur vorläufige Ansätze. In vielen Fällen wird ein verbindlicher Haushaltsansatz erst während der Haushaltsberatungen möglich sein. Dies trifft ebenso für eine Reihe von Einzelpositionen zu, die in Folge von Eckwertebeschlüssen sowie von Entscheidungen über Neu- und Erhöhungsanträge gesondert zu behandeln sind. Insofern ist die Verwaltungsvorlage zum Kreishaushalt 2014 hinsichtlich des ungedeckten Bedarfs im Verwaltungshaushalt, welcher auszugleichen sein wird, noch mit erheblichen Risiken verbunden.

Der Verwaltungsentwurf zum Wirtschaftsplan 2014 für den Abfallwirtschaftsbetrieb wurde vom Werkausschuss am 05.12.2013 behandelt und ein empfehlender Beschluss herbeigeführt.

Nähere Erläuterungen erfolgen in der Sitzung des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation am 24.01.2014.

Zu den Ausführungen von **Herrn Seitz** wird auf die Verwaltungsvorlage verwiesen.

Kreisrat Schönfelder erkundigt sich, ob man der Empfehlung des Kommunalen Arbeitgeberverbandes, dass sich die Einkommen um 2,95 % erhöhen werden, zwingend folgen müsse. Des Weiteren würde ihn interessieren, ob man beim Jobcenter weniger Personal beschäftigen würde, weil man rückläufige Zahlen habe.

Herr Seitz erklärt dazu, dass man natürlich nicht verpflichtet sei, der Empfehlung des Kommunalen Arbeitgeberverbandes zu folgen. Eine Entscheidung darüber sei diesem Gremium vorbehalten. Es handele sich hierbei um die Empfehlung des Interessenverbandes, die man als Verwaltung übernommen habe. Wenn jedoch der Personalausschuss der Meinung wäre, dass die Tarifsteigerungen höher oder niedriger ausfallen werden, könne dies entsprechend mit aufgenommen werden. Seitens der Verwaltung war es naheliegend, der Empfehlung des Kommunalen Arbeitgeberverbandes zu entsprechen und dies so mit aufzunehmen. Gebunden daran sei man natürlich nicht.

Die Frage nach dem Jobcenter beantwortet **Landrat Sailer**. In der letzten Trägerversammlung habe man den Kapazitätsplan nochmals überarbeitet. Das Jobcenter werde im Laufe des Jahres zwei VK-Stellen abbauen. Daraus müsste der geringere Personalkostensatz resultieren.

Kreisrat Schönfelder weist darauf hin, dass das Jobcenter aufgrund der neuen Zuwanderungsmöglichkeiten stark frequentiert sei. Die Mitarbeiter/innen würden sehr viele Überstunden machen und oft bis spät in die Nacht hinein arbeiten.

Landrat Sailer stellt dazu fest, dass man darüber in der nächsten Trägerversammlung wieder sprechen werde. Wenn es hier Anpassungen geben sollte, könne man relativ schnell reagieren, da der Personalabbau erst bis zum Jahresende vollzogen werde. Grund dafür sei, dass dann befristete Verträge auslaufen würden.

Im Anschluss fährt **Herr Seitz** mit seinen Erläuterungen fort und verweist auf die Listenpositionen. Hierbei handele es sich unter anderem um die Neumöblierung des Sitzungsraumes hier und um die Möblierung der Kantine als Konferenzraum, um den Wegfall von Besprechungszimmern zu kompensieren. Bisherige Besprechungsräume müssten Zug um Zug als Büroräume genutzt werden. Die Ansätze hierzu müssten jedoch noch harmonisiert werden. Herr Seitz verweist dazu auf die letzte Sitzung des Bau-, Umwelt- und Energieausschusses. Es wäre zu prüfen, ob dies noch relevant sei. Auch über die Frage der Sicherheitsmaßnahmen am Dienstgebäude mit einem Ansatz von 10.000 Euro müsse gesprochen werden. Mittlerweile habe ein relativ großer Personenkreis jederzeit Zugang zum Dienstgebäude. Dabei handele es sich um Führungskräfte, Kreisräte, Bürgermeister und die Feuerwehr. Wenn eine Karte verloren gehe, könnten sich fremde Personen unberechtigten Zugang zum Haus verschaffen. Dies könne durch Terminals an den Eingangsbereichen umgangen werden. Bei diesen Terminals müsse ein Zugangscode eingegeben werden, so dass man praktisch nur in der Kombination Karte und Pin das Haus betreten könne. Herr Seitz führt weiter aus, dass dieser Posten so noch nicht im Haushalt enthalten sei. Von der Hauptverwaltung werde diese Vorgehensweise empfohlen und würde einen Mehrbedarf von 10.000 Euro verursachen. Eine weitere Listenposition sei die Anmietung externer Parkflächen. Das bestehende Parkdeck müsse saniert werden. Man gehe davon aus, dass man wohl dieses Jahr bereits mit Sanierungsmaßnahmen beginnen müsse. Für die Unterbringung von Dienstfahrzeugen oder auch Fahrzeuge von Mitarbeitern, die ihr Fahrzeug dienstlich nutzen würden, wolle man hierfür einen Pauschalansatz für die Anmietung von Parkflächen vorsehen.

Kreisrat Schönfelder erklärt, dass es absolut richtig sei, bei fehlenden Büroflächen Besprechungszimmer aufzulösen und auch darüber nachzudenken, die Kantine entsprechend zu bestuhlen oder umzubauen. Allerdings stelle sich hier die Frage, ob man sich auch darüber hinaus Gedanken gemacht habe. Kreisrat Schönfelder stellt fest, dass es ihm hier vor allem um die Abluft ginge. Herr Seitz habe nur von der Bestuhlung gesprochen. Die Bestuhlung alleine mache jedoch keinen Konferenzraum aus. Des Weiteren stellt Kreisrat Schönfelder fest, dass er die Terminals mit Pin-Code-Eingabe begrüßen würde. Ihn würde interessieren, ob dies dann auch mit einer Speicherung von Daten verbunden wäre. Dann müsste sich jedoch jeder, der das Haus betrete, auch wieder abmelden.

Herr Seitz erklärt zum ersten Teil der Frage, dass es sich hier in der Tat um einen Ansatz nur für die Möblierung handeln würde. Er stimmt Kreisrat Schönfelder zu, dass damit auch weitere Umbauten an der Kantine einhergehen müssten. Diese seien im ersten Entwurf beim Bauunterhalt mit berücksichtigt worden. Allerdings sei er sich jetzt nicht mehr ganz sicher, in welchem Umfang dies nach der zweiten Lesung im Bau-, Umwelt und Energieausschuss noch Bestand haben werde. Er gehe davon aus, dass an dieser Stelle nochmals nachjustiert werde, so dass es sich erübrigen könne. Wenn man die baulichen Änderungen nicht vor-

nehme, benötige man auch keine neuen Stühle. Herr Seitz erklärt, dass er die Antwort bis nach der zweiten Lesung im Bau-, Umwelt- und Energieausschuss schuldig bleiben müsse.

Landrat Sailer weist darauf hin, dass die Umbaumaßnahme etwa 400.000 Euro kosten werde. Man müsse aus vielerlei Gründen an der Kantine etwas machen. Die Akustik sei schlecht und es gebe im Bereich der Lüftung Probleme. Auch im Bereich der Arbeitssicherheit müssten einige Probleme gelöst werden. In der Kantine sei im Prinzip seit 30 Jahren nichts mehr verändert worden. Aus Gründen des Arbeitsschutzes wäre man hier schon längst verpflichtet, aktiv zu werden. Im Bereich der Möblierung sei es relativ schwierig, die schweren Tische hinaus- und wieder hinein zu transportieren. Der Vorschlag wäre, in diesem Jahr das Mobiliar auszutauschen. Im Bau-, Umwelt- und Energieausschuss sollen Planungsmittel bereitgestellt werden, so dass man die Umbaumaßnahme in 2015 durchführen könne. In diesem Jahr wolle man im Haus den zweiten Toilettenstrang sanieren, damit wäre das Haus und auch die Hochbauabteilung belastet genug. Auch das Gebäudemanagement könne diese Vielzahl an Projekten nicht durchführen. In der gestrigen Sitzung des Bau-, Umwelt- und Energieausschusses habe man bereits darüber gesprochen. Den Haushaltsansatz im Gebäudeunterhalt werde man von 4 Millionen Euro auf etwa 3,2 Millionen Euro reduzieren, außerdem verziehe man die Sanierung der Kantine auf das Jahr 2015. Geplant werde es jedoch in diesem Jahr.

Herr Seitz erklärt zum zweiten Teil der Frage von Kreisrat Schönfelder, dass er nicht wisse, ob hier Daten gespeichert werden. Er könne es sich jedoch nicht vorstellen, da es nur um die Berechtigung ginge, das Haus zu betreten. Er werde sich jedoch gern noch erkundigen.

Herr Ruf ergänzt, dass das hauseigene Personal verpflichtet sei, am Zeiterfassungsterminal bei Betreten bzw. Verlassen des Hauses zu „stempeln“. Dies sei natürlich bei Kreisräten und Bürgermeistern nicht der Fall. Hier ginge es lediglich um die Sicherheitsmerkmale, dass jemand die Berechtigung habe, ins Haus zu kommen. Diese Zugangsberechtigung werde nicht gespeichert.

Auf Nachfrage von **Kreisrätin Fries** erklärt **Herr Seitz**, dass sich die Kosten für die Gesundheitstage auf mehrere Behörden aufteilen würden. Dies sei von der Summe her nicht so bedeutend, da es sich um Honorare handeln würde und diese überschaubar seien.

Landrat Sailer bedankt sich abschließend für die Diskussion und Anregungen zur ersten Lesung des Kreishaushalts. Über die Fraktionen gehe man dann in vierzehn Tagen in die zweite Lesung.

TOP 3 Verschiedenes

Frau Koppe verweist auf die steigenden Asylbewerberzahlen und den damit verbundenen Belastungen für das SG 33/1. Aus diesem Grund bittet sie, die im Stellenplan 2014 vorgesehene Stelle schnellstmöglich besetzen zu dürfen.

Nach kurzer Aussprache fasst der Ausschuss für Personal, EDV und Organisation folgenden

Beschluss:

Die Landkreisverwaltung wird aufgefordert, vor dem Hintergrund der noch in diesem Jahr zu erwartenden steigenden Asylbewerberzahlen und der damit verbundenen Belastungen für das Sachgebiet 33.1 (Überlastungsanzeige) die im Stellenplan 2014 vorgesehene Stelle schnellstmöglich zu besetzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0

TOP 4 Wünsche und Anfragen

Kreisrat Dr. Brem erkundigt sich, wann die Anfrage der Freien Wähler zum papierlosen Sitzungsdienst behandelt werde.

Landrat Sailer erklärt dazu, dass über das Thema in der nächsten Sitzung des Ausschusses am 7. Februar berichtet werde. Im Anschluss gratuliert er Kreisrat Bergmeir auch im Namen des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation sehr herzlich zum Geburtstag.

**TOP 5 Stand des pädagogischen EnergieEinsparprojekts (PAP)
an Landkreisschulen;
Erfolge und Potentiale der weiteren energetischen Arbeit
für die Landkreisliegenschaften
Vorlage: 13/0393**

Landrat Sailer begrüßt an dieser Stelle Frau Spöttle und Herrn Endres.

Zu den Ausführungen von **Herrn Endres** wird auf die beigelegte Präsentation verwiesen.

Kreisrat Dangl bedankt sich bei Herrn Endres für den Bericht. Er stellt fest, dass PEP ein wichtiges Element in der Gesamthematik Energie sei. Man könne nicht genug tun, um hier rechtzeitig Bewusstseinsbildung zu schaffen. Umso weniger erschließe sich ihm, warum dieser Punkt in nichtöffentlicher Sitzung abgehandelt werde. Die Presse sei zwar heute ohnehin nicht vertreten, aber dies sei eine Sache, die man auch öffentlich entsprechend verkaufen könne und dies auch tun sollte. Er interessiere sich außerdem noch für die Schwerpunkte der Tätigkeit von Herrn Endres in den letzten zwei Jahren.

Landrat Sailer erklärt, dass der Punkt auf Wunsch von Herrn Endres nichtöffentlich behandelt werde. Herr Endres hatte die Befürchtung, dass sich aus dieser Präsentation heraus eine Personaldiskussion ergeben könnte. Landrat Sailer schlägt vor, Herrn Endres bei Gelegenheit noch einmal ein öffentliches Forum, beispielsweise vor dem Kreistag, zu bieten.

Herr Endres verweist zu den Schwerpunkten seiner Tätigkeit auf die Präsentation. In der Hauptsache habe er Werbung für das Projekt betrieben und versucht, die Schulen und Lehrer dafür zu begeistern. Dieser Kraftakt habe bis zuletzt stattgefunden. Ein weiterer Schwerpunkt seien die Projektkonferenzen. Hier stelle man die ersten Erfolge von einzelnen Schulen dar und Sorge so für einen Ansteckungserfolg. Dies sei letztlich schon ein großer Erfolg, da alle Schulen mehr oder weniger schon mit dabei wären. Herr Endres erklärt weiter, dass außerdem die permanente Betreuung der Hausmeister bei Energiefragen sehr wichtig sei. Für dieses Jahr plane man erste Hausmeisterschulungen, vielleicht auch durch externe Energieagenturen. Natürlich versuche man dies zuerst einmal mit eigenen Mitteln. Herr Endres führt weiter aus, dass er regelmäßig die Schulen zur Unterstützung besuchen würde. Es sei sehr wichtig, eine Bindung mit den Schülern aufzubauen.

Kreisrat Dr. Brem bedankt sich bei Herrn Endres für die Ausführungen. Auch seine erste Frage wäre gewesen, warum der Punkt in nichtöffentlicher Sitzung abgehandelt werde. Diese Frage wurde jedoch bereits beantwortet. Des Weiteren stellt er fest, dass man relativ wenige Relationen kenne, wenn es um Energie ginge. Man wisse beispielsweise nicht, wie viel Energie in einem vollgetankten Auto oder in einem Zuckerwürfel stecke. Interessant wäre auch, wie Energie bei den täglichen Nahrungsmitteln eingesetzt werde. Er denke hier an die Zubereitung der Nahrungsmittel. Kreisrat Dr. Brem regt an, diese Aspekte noch stärker herauszuarbeiten. In den letzten 30 Jahren mussten diese Aspekte nicht berücksichtigt werden, da Energie immer viel zu günstig gewesen wäre. Jetzt, wo Energie teuer sei, werde vielleicht auch die Frage wieder relevant, in welchen Relationen man sich bewege. Die Freien Wähler würden in ihren politischen Aussagen immer wieder in den Raum stellen, dass es nicht unbedingt ausschließlich darum ginge, Energie einzusparen, wenngleich diese Prämisse die Nummer Eins sei, sondern die dahinterstehenden Prozesse. Kreisrat Dr. Brem erklärt, dass die Freien Wähler von Wertschöpfungsprozessen oder –potenzialen sprechen würden. Dies sei ihr Verständnis von Energiewende. In solchen Projekten biete sich die Möglichkeit, die junge Generation auch viel stärker noch auf diesen Aspekt hinzuweisen.

Herr Endres bedankt sich für den Hinweis. Es sei natürlich schon Inhalt des Konzeptes, die Relation darzustellen und das Bewusstsein dahingehend zu schärfen. Dies sei der Inhalt einer jeden Energiemanager-Schulung und natürlich wäre es den Lehrern wichtig, diese Themen auch mit anderen Fächern zu vernetzen. Dies brauche jedoch seine Zeit. Es sei sicher sehr wichtig, die Dinge den Schülern mit breitem Blick zu präsentieren. Nur so könnten sie es durch und durch verstehen und das richtige Bewusstsein bekommen. Es gebe viele Schüler, die ihr Wissen nach Hause tragen und ihre Eltern dahingehend anstecken würden.

Kreisrat Bergmeir erklärt, dass man in diesem Rahmen keine klimapolitische Diskussion führen müsse. Für seine Person war der Vortrag überzeugend und sehr positiv. Die von Herrn Endres vorgestellten Projekte waren schlüssig und auch der Inhalt sehr gut vorbereitet. Man sehe auf der anderen Seite auch, dass man zwar Beschlüsse fassen könne, aber ohne das entsprechende Personal werde nichts daraus. Gerade im Bereich des Klimaschutzes sei man auf dem richtigen Weg. Er könne die Worte von Herrn Endres voll und ganz unterstützen.

Kreisrätin Fasching bedankt sich bei Herrn Endres für die Präsentation. Ihr liege am Herzen, dass man mit dem Projekt auch an die Grund- und Mittelschulen ginge. Diese wären zwar keine Landkreisschulen, aber je eher man damit anfangen, desto wirkungsvoller sei das Ganze. Kreisrätin Fasching schlägt vor, dies in Kooperation mit den Gemeinden anzugehen. Sie denke daran, zeitgleich sowohl die Grundschulen als auch die Bürgermeister anzusprechen und die Unterstützung anzubieten. In vielen Schulen finde einmal im Monat eine Schulkonferenz statt. Dies wäre eine Möglichkeit, das Projekt vorzustellen. Nach Meinung von Kreisrätin Fasching liege hier noch sehr viel Potenzial.

Landrat Sailer bedankt sich für den Hinweis. Dies sei bereits ein Stück weit in Aussicht gestellt worden.

Dies wird von **Herrn Endres** bestätigt. Er müsse natürlich aufpassen, dass er nicht zu viel für die Schulen arbeiten würde. Allerdings würden sich auch nicht gleichzeitig alle 56 Grund- und Mittelschulen für das Projekt begeistern. Es sei jedoch sehr wichtig. Er denke nicht, dass überwiegend Grundschüler interessiert seien, sondern natürlich auch die Fünft-, Sechst- und Siebtklässler. Bei der achten Klasse beginne das Interesse dann mehrheitlich ein wenig umzukippen. Natürlich sei dies auch pädagogisch wieder ein anderer Ansatz. Sein Ziel für dieses Jahr wäre, mit einem Ansteckungseffekt zu beginnen.

Kreisrat Schönfelder erklärt, dass sein Wunsch in eine ähnliche Richtung ginge wie der von Kreisrätin Fasching. Man solle sich überlegen, wie man auch in anderen Bereichen so etwas anbieten könne. Er sei Vorsitzender eines großen Sportvereines mit 900 Mitgliedern. Vielleicht könne man so ein Projekt befristet auch solchen Institutionen anbieten. Dies sei für ihn ein wichtiger Ansatz. Kreisrat Schönfelder regt an, vielleicht mit einem weiteren Partner oder über die Sportbeauftragte des Landkreises solche Projekte anzubieten.

Landrat Sailer bedankt sich für die wichtige Anregung, auch mit den Kollegen im Haus ins Gespräch zu kommen und hier vielleicht den einen oder anderen Vorschlag zu entwickeln. Er könne sich vorstellen, dass auch die Energieagentur den einen oder anderen Part mit übernehmen könnte.

Kreisrat Buhl erinnert an die ersten Diskussionen zum Projekt „50:50“, die man im Jahr 2008 im Schul- und Kulturausschuss geführt habe. Dieses Projekt wurde zuerst in Hamburg von einigen Schulen durchgeführt. Bereits damals habe der Ausschuss klar formuliert, dass man alle Schulen im Landkreis mit bedienen wolle, soweit die Kapazitäten dies erlauben würden. Dass sich dies jetzt so gut verfestigt habe, dürfe man an dieser Stelle einmal hervorstreichen. Im Ausschuss war bereits damals schon klar der Wunsch, in diese Richtung zu gehen. Dies habe sich jetzt bestätigt.

Landrat Sailer stellt fest, dass man diesem 50:50-Projekt sehr kritisch gegenübergestanden wäre. Man habe sogar zeitlich erst einmal verzögert und wäre deswegen nicht komplett in die Förderung eingestiegen. Die Ergebnisse seien jetzt jedoch mehr als überzeugend.

Auch **Kreisrätin Daßler** bedankt sich bei Herrn Endres für den Bericht. Ihrer Meinung nach sei es immer wichtig, eine Rückmeldung über die gemachte Arbeit zu bekommen. Man müsse sehen, dass Kontinuität in so einer Arbeit dringend erforderlich sei. Dabei handele es sich um einen fortlaufenden Vorgang. Die Arbeit müsse auch in Zukunft fortgeführt werden.

Herr Endres möchte sich noch zu dem von Kreisrat Buhl angesprochenen „Hamburger Modell“ äußern. Dabei handele es sich eigentlich um das älteste vergleichbare Projekt in Deutschland. Es sei schon über 20 Jahre am Werk und habe deswegen natürlich einen hochprofessionellen Aufbau. Das 50:50-Projekt sei dort auch gut und besser möglich, da hier eben schon vorher ein Energiemanagement-System umgesetzt wurde. Seine Zielrichtung sei, auch im Landkreis Augsburg eine bessere Vernetzung zu erreichen.

Landrat Sailer bedankt sich abschließend bei Herrn Endres für den Bericht und auch für die angeregte Diskussion mit guten Hinweisen und Vorschlägen, wie man das Thema auch an anderen Stellen vertiefen und ergänzen könne. Er schlägt vor, das Thema im Laufe des Jahres im Kreistag aufzugreifen und hier entsprechend zu berichten. Für heute schlägt Landrat Sailer vor, das Protokoll und auch den Foliensatz dem öffentlichen Teil der Niederschrift beizufügen.

Mit diesem Vorschlag besteht Einverständnis.

39. Sitzung des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation 24.01.2014